

Ökumenisches Lernen und Handeln - Kolumbien und Peru

Rundbrief
4/2013
Oktober 2013

Liebe Kolumbien- und Peru-Interessierte!

Während in Havanna ein möglicher Frieden für Kolumbien verhandelt wird, halten den ganzen Sommer über Proteste und Streiks in Kolumbien an. Nachdem die Bauernproteste im Catatumbo erst nach zwei Monaten beendet wurden, legt jetzt ein Streik verschiedener Sektoren weite Teile des Landes lahm. Auch hier geht es um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kleinbauern - Transportarbeiter, Studentenverbände und andere Sektoren haben sich angeschlossen. Die Regierung reagiert mit Verhandlungsangeboten und zugleich mit massiver Polizei-Gewalt.



Indigene fordern ihre Rechte
Foto: Jorge Mata-Surimages

Mittlerweile will Präsident Santos auch mit der ELN-Guerilla Friedensgespräche beginnen, nachdem diese einen kanadischen Ingenieur freigelassen hat.

Die Zahl der Binnenflüchtlinge steigt in Kolumbien unvermindert an. Im vergangenen Jahr wurde wieder über eine Viertelmillion Menschen gewaltsam vertrieben. Wir freuen uns auf einen weiteren Besuch von Partnern aus Kolumbien: Im Oktober werden eine Vertreterin und ein Vertreter der Nasa-Indigenen auf Rundreise durch Deutschland sein. Auch ein Seminar in Berlin steht auf dem Programm.

Das Anwaltskollektiv „José Alvear Restrepo“ in Bogotá wird in diesem Jahr 35 Jahre alt: herzlichen Glückwunsch!

Aus Peru berichtet Sandy El Berr über die Reform des Strafgesetzbuches, nach der Polizisten und Soldaten ohne strafrechtliche Verfolgung Zivilisten töten können. Außerdem informiert sie über Umweltschäden im Bereich des Bergbauprojekts Tintaya des Schweizer Multis Xstrata und den mangelnden staatlichen Schutz indigener Volksgruppen in Peru.

Neben weiteren Nachrichten finden sie in diesem Rundbrief wieder viele Tipps und Termine zu Kolumbien und Peru.

JOCHEN SCHÜLLER
Beauftragter für Öffentlichkeitsarbeit
zu Kolumbien

THOMAS SANDNER
Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Kooperation
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst

Rundreise

„Freiheit für Mutter Erde“

Die Nasa und ihr gewaltfreier Kampf für Land, Frieden und Autonomie

Vom 3. bis 19.10. werden Janeth Paja und Ernesto Cunda von der Indigenenorganisation ACIN auf Einladung von Brot für die Welt in Deutschland zu Besuch sein.

Bei einem Seminar und etlichen Veranstaltungen werden sie über die aktuelle Situation im Südwesten Kolumbiens berichten:

Trotz der Friedensverhandlungen in Havanna wird in Kolumbien weiter gekämpft. Der Norden des Cauca und die Nasa-Indigenen sind besonders betroffen von der Gewalt.

Doch die Nasa kämpfen nicht nur für Frieden, sondern fordern auch mehr Land und Autonomie. Um dem Nachdruck zu verleihen, besetzen sie immer wieder Landgüter von Großgrundbesitzern und Agrar-Konzernen, die es meist zur Ethanol-Produktion mit Zuckerrohr bepflanzen. „Befreiung von Mutter Erde“ nennen die Nasa ihre friedlichen Landbesetzungen. Gegen Freihandel und neoliberale Politik setzen sie ein Leben in Gemeinschaft und in Harmonie mit der Umwelt.

In folgenden Städten werden Veranstaltungen mit Janeth Paja und Ernesto Cunda stattfinden:

10.10. - Mainz - 19 Uhr - Café Awake - Steingasse 24

11.10. - Bielefeld - 18.30 Uhr - Welthaus Bielefeld - August-Bebel-Str. 62

14.10. - Köln - 20 Uhr - ESG - Bachemer Str. 27

15.10. - Hamburg - 19 Uhr - Ökumenisches Forum Hafen City, Shanghaiallee 24

„Wir haben es satt!“ - Landesbischof Ulrich diskutiert mit Vertretern aus Politik, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft. Janeth Paja von ACIN wird kurz über die Situation der Nasa im Cauca berichten.

16.10. - Hamburg - 19 Uhr - Lateinamerika-Tage - Instituto Cervantes im Chilehaus - Fischertwiete 1 (Eingang B, 1.Etage)



Immer wieder Opfer von Gewalt Foto: ACIN

Kolumbien

Indigene Bevölkerung in Kolumbien braucht Schutz

Der 9. August ist der Internationale Tag der indigenen Völker. In Kolumbien sind sie in besonderer Weise von internen bewaffneten Konflikten betroffen. 66 von 102 indigenen Völkern sind von der Ausrottung bedroht. Die Indigenen machen nur zwei Prozent der gesamten Bevölkerung Kolumbiens aus, bei den Vertreibungen jedoch sieben Prozent. 70 Prozent aller indigenen Kinder sind unterernährt. 63 Prozent der indigenen Bevölkerung lebt unter Armutsgrenze.

Neben den bewaffneten Auseinandersetzungen ist insbesondere der Rohstoffabbau eine Bedrohung für die indigene Bevölkerung, erklärt der UN-Hochkommissar für Menschenrechte in seinem Bericht für das Jahr 2013. Die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte der Indigenen werden systematisch verletzt. Im Normalfall gibt es gar keine vorherigen Konsultationen, die traditionellen Autoritäten werden nicht respektiert und der kulturelle Kontext nicht beachtet. Doch auch dort, wo die vorgeschriebenen Konsultationen stattfanden, konnten die UN-Menschenrechtler nicht ein einziges positives Beispiel („best practice“) identifizieren.

Oidhaco fordert die EU, die Schweiz und Norwegen auf, die kolumbianische Regierung zur Einhaltung der ILO-Konvention 169 und der UN-Deklaration zu indigenen Rechten zu drängen und sich für den Schutz der indigenen Bevölkerung zu engagieren.

Presseerklärung von Oidhaco: http://kolko.net/wp-content/uploads/2013/08/August_2013_international_day_indigenous_peoples.pdf



Bari-Demo für eigene Rechte Foto: CALCP

Kolumbien

Friedensgespräche auch mit der ELN-Guerilla?

Seit Langem wird erwartet, dass die kolumbianische Regierung endlich auch mit der ELN-Guerilla Verhandlungen beginnt. Nach der Freilassung des von der ELN im Januar entführten kanadischen Bergbau-Ingenieurs Gernot Wober am 28. August verkündete Präsident Santos öffentlich seine Bereitschaft zu Gesprächen mit der zweitgrößten Guerilla des Landes. Die ELN soll rund 3.000 Kämpfer haben und existiert ebenso wie die FARC seit Mitte der 60er Jahre. Der freigelassene Kanadier ist Vize-Präsident der Braeval Mining Corporation, die offenbar der Forderung der ELN nachgibt und das „Snow Mine gold project“ im Sur de Bolivar aufgibt. Das kündigte das kanadische Unternehmen in einer Pressemitteilung am 23. Juli an.

Der Vize-Präsident des Bergbau-Konzerns Gernot Wober soll bei der Freilassung nach 221 Tagen Geiselnahme bei guter Gesundheit gewesen sein.

Presse-Berichte: <http://www.semana.com/nacion/articulo/santos-gobierno-esta-listo-para-negociar-eln/355602-3>
<http://derstandard.at/1376534971644/Kolumbien-will-Friedensgespraeche-mit-ELN-Rebellen>

Catatumbo - Gewaltexzesse von Polizei und Militär gegen Bauern

Seit dem 11. Juni erschütterten schwere Proteste von Tausenden Kleinbauern das Departement Norte de Santander an der Grenze zu Venezuela. Erst zwei Monate später beendeten die Kleinbauern ihre Aktionen und hoben die Straßenblockaden auf. Anlass war die Vernichtung von Koka-Feldern durch das Militär. Die betroffenen Bauernfamilien wehrten sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage in der ansonsten durch staatliche Politik vernachlässigten Region. Die Koka-Pflanzungen sind für viele Kleinbauern die einzige Möglichkeit des Überlebens bei fehlenden Alternativen. Daher fordern sie und ihr Kleinbauernverband eine schrittweise Substitution der Kokafelder und die Förderung von alternativen Kulturen sowie die Schaffung von Schutzzonen für Kleinbauern (Zonas de Reserva Campesina).

Als Polizei und Militär die Maßnahmen zur Zerstörung der Kokafelder mit massiver Gewalt durchzusetzen versuchten, begann der Protest von Tausenden Kleinbauern und ihren Familien. Dabei töteten die Sicherheitskräfte im Laufe der wochenlangen Auseinandersetzungen mindestens vier Bauern, viele wurden verletzt oder verhaftet.

Der UN-Beauftragte Todd Howland kritisierte bei einem Besuch in der Region die unverhältnismäßigen und willkürlichen Gewaltexzesse der Sicherheitskräfte.

Erst nach zwei Monaten Dauerprotest kam es zwischen den Kleinbauern und der Regierung zu einer Einigung, die einen Arbeitsplan vorsieht, um die strukturellen Probleme der Region zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Kleinbauernfamilien grundlegend zu verbessern. Dazu zählt von Seiten der Kleinbauern unter anderem die Schaffung einer kleinbäuerlichen Schutzzone, die Beendigung der Zerstörung der Koka-Pflanzungen bei gleichzeitiger Schaffung von Anbau-Alternativen sowie die Verbesserung und Überwachung der Menschenrechtssituation. Die Regierung sagte einen Entwicklungsplan zu mit dem Hauptziel, die Armut >

zu überwinden. Die verzweifelte Entschlossenheit der Kleinbauern beschreibt deren Sprecher José Carmen Abril gegenüber der Zeitung El Tiempo: „Wir haben 70 Jahre Vernachlässigung und paramilitärische Repression durchgemacht, aber wir halten an unserem Widerstand fest.“

Auch das internationale kirchliche Netzwerk ACT Alliance, zu dem auch Brot für die Welt gehört, äußerte sich besorgt über die Gewalt und die dadurch verursachte humanitäre Krisensituation, insbesondere das Fehlen von Nahrungsmitteln und Medikamenten. Sie leitete über ihre Mitgliedskirche Presbyterian Church of Colombia eine Soforthilfe-Aktion zur Versorgung der betroffenen kleinbäuerlichen Bevölkerung ein und will die Verhandlungen und Einigungsprozesse ebenfalls begleiten.

<http://amerika21.de/2013/08/84172/catatumbo-vehandlungen> <http://amerika21.de/2013/08/84310/neue-gewalt-catatumbo>

<http://www.npla.de/de/poonal/4349-wochenlange-proteste-in-catatumbo-dauern-an>

http://www.actalliance.org/resources/alerts_and_situation_reports/Alert31_20123_Colombia_military_aggression.pdf?searchterm=Catatumbo

Kolumbien

Generalstreik im Agrarsektor legt Teile Kolumbiens lahm

Die ländliche Bevölkerung in Kolumbien streikt seit dem 19. August in vielen Teilen des Landes. Tausende Mitglieder sozialer Organisationen und von Verbänden der Kartoffel-, Reis-, Milch-, Kaffee-, und Zuckerrohrbauern demonstrierten und legten mit Blockaden der großen Verbindungsstraßen den Verkehr in vielen Landesteilen lahm. Die Regierung reagierte auf die massiven Proteste mit Polizeigewalt.

Die ursprünglich nur für den 19. und 20. August geplanten Streiks und Proteste dauerten auch Ende August noch an. Auch die Transportarbeitergewerkschaft, Bergarbeiter, Studenten und andere Sektoren der Gesellschaft schlossen sich den Protesten an. „Größte Protestwelle seit Jahren“ titelte die Neue Züricher Zeitung am 22.8. und sprach von den „größten und heftigsten Demonstrationen gegen eine kolumbianische Regierung in der jüngeren Geschichte des Landes.“

Den Berichten zufolge ging der Protest von den Kaffeebauern aus. Zunächst schlossen sich andere Sektoren der Landwirtschaft, dann weitere gesellschaftliche Gruppen an. Hunderttausende demonstrieren seitdem, die Proteste werden als unbefristet bezeichnet. Bei den harten Auseinandersetzungen mit der Polizei sollen fünf Demonstranten getötet und viele verletzt worden sein, auch von einem toten Polizisten wird berichtet. Mindestens 220 Personen befinden sich in Haft.

Die anhaltenden Proteste und Auseinandersetzungen führten dazu, dass zum Beispiel in Bogotá vom 29. auf den 30. August eine nächtliche Ausgangssperre verhängt wurde.

Vertreibungen - Kein Ende der humanitären Katastrophe

Unter Nach Berichten der Menschenrechtsorganisation CODHES wurden im vergangenen Jahr wieder über 250.000 Menschen gewaltsam vertrieben. Zwischen 1985 und 2012 sind den Berichten zufolge 5.701.996 Menschen Opfer von Vertreibung geworden.

Auch im Jahr 2012 sind die indigene Bevölkerung mit 20 Prozent der Fälle und die afrokolombianische mit fast 24 Prozent besonders stark von Vertreibung betroffen. Die meisten Opfer zählten die Menschenrechtler von CODHES in den Departements Antioquia, Cauca, Nariño, Valle del Cauca und Putumayo. Die zahlreichen inner-urbanen Vertreibungen sind ein Phänomen insbesondere der Städte Medellín, Buenaventura (Valle), Tumaco (Nariño), Soacha (Cundinamarca), El Tarra (Norte de Santander) und Toribío (Cauca). Ursache sind hier meist Auseinandersetzungen zwischen Banden, die den Drogenhandel dominieren.



Kinder malen Vertreibung Foto: Jochen Schüller

Auf dem Land sind über 6,5 Millionen Hektar Land durch die Vertreibungen geraubt worden. Doch diese Verbrechen sind zu 95 Prozent straffrei geblieben. Menschen, die ihr Land zurückfordern, werden meistens bedroht und oft erneut zum Opfer: 55 Menschen wurden ermordet, weil sie sich aktiv für die Landrückgabe eingesetzt haben. Für diese Gewalt macht CODHES die Paramilitärs bzw. ihre Folgeorganisationen verantwortlich.

Artikel und Interview: <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-425366-250-mil-nuevos-desplazados-colombia>

Hintergrundbericht von CODHES: <http://www.lwfcolumbia.org.co/sites/default/files/image/310513%20Informe%20%20desplazamiento%202012.pdf>



Vertriebene Afrokolombianer Foto: Jochen Schüller

Friedensverhandlungen unterbrochen

Drei Tage lang unterbrach die FARC-Guerilla die Friedensverhandlungen in Havanna, um den Vorschlag von Präsident Santos zu diskutieren, ein Friedensabkommen durch ein Referendum bestätigen zu lassen. Nach drei Tagen kehrte sie an den Verhandlungstisch zurück, jedoch mit einer Absage an den Vorschlag von Santos. Die FARC besteht weiterhin auf der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung, um ein Abkommen zu unterzeichnen. Derweil wird über die zukünftige politische Teilhabe der Guerilla nach Beilegung des Konflikts verhandelt. In späteren Gesprächsrunden sollen noch der Kampf gegen den Drogenhandel, die Entwaffnung der Rebellen und die Entschädigung der Opfer diskutiert und beschlossen werden.

Weiter wird trotz der Friedensgespräche heftig gekämpft: Am 25.8. lockte ein FARC-Kommando Soldaten der kolumbianischen Armee in einen Hinterhalt und tötete 23 von ihnen. Wenige Tage zuvor berichtete die Armee von einem Angriff auf die FARC im Cauca, bei dem zwei lokale Kommandanten ums Leben gekommen sein sollen.

Quelle: <http://www.dw.de/farc-und-regierung-reden-wieder-miteinander/a-17045824>

Friedensgemeinde auf Besuch in Europa

Vom 29.10. bis 04.11. werden Mitglieder der Friedensgemeinde von San José de Apartadó in Deutschland zu Gast sein: In Berlin (29.10.), Wiesbaden (30.10.), Köln (31.10.), Saarbrücken (1.+2.11.), Aachen (3.11.) und Wuppertal (4.11.) können sie diese mutigen Menschen bei Veranstaltungen kennenlernen.

Weitere Informationen und die genauen Termine unter: <http://kolko.net/>
Dokumentarfilm über die Friedensgemeinde von San José de Apartadó

“EL COSTO DE LA PAZ”: <http://www.youtube.com/watch?v=YDJ2cJprfPg&feature=youtu.be>

Weitere Themen und Berichte

„Streik der Kohlearbeiter an der karibischen Küste“

http://www.minersnet.org/index.php?option=com_content&view=article&id=313:kolumbien-streik-der-kohlearbeiter-an-der-karibischen-kueste&catid=31:general-problems&Itemid=74&lang=es

„ELN lässt kanadischen Geologen frei“

<http://amerika21.de/2013/08/85929/elN-laesst-kanadier-frei>

„Opfer reichen Vorschläge für den Frieden ein“

http://www.blickpunkt-lateinamerika.de/nachrichten/msgf/kolumbien%3A_opfer_reichen_vorschlaege_fuer_frieden_ein.html

Veröffentlichungen und Materialien

„Wahrheitskommission einmal anders: Die Arbeit einer feministischen Basisbewegung“

<http://www.askonline.ch/publikationen/monatsberichte/wahrheitskommission-einmal-anders-die-arbeit-einer-feministischen-basisbewegung/>

„Mobilisierungen für den Frieden in Kolumbien“

CINEP hat einen interaktiven Bericht über „Mobilisierungen für den Frieden in Kolumbien“ für das Jahr 2012 veröffentlicht. CINEP – das “Zentrum für Forschung und Bildung/ Programm für den Frieden“ – ist seit Jahren Partner von Brot für die Welt.

Den Bericht (spanisch) finden Sie im Internet unter:

<http://www.impresoediciones.com/cinepinter/movpaz2012.swf>

„FARC-EP: verhandeltes Ende oder weitere Agonie im Dschungel?“

Hintergrundüberlegungen von Peter Stirnimann in ASL-Monatsbericht:

<http://www.askonline.ch/publikationen/monatsberichte/farc-ep-verhandeltes-ende-oder-weitere-agonie-im-dschungel/>

„Agroindustrie statt Agrarreform in Kolumbien“

Umstrittenes Gesetz zur Landrückgabe an Binnenflüchtlinge

<http://www.rosalux.de/publication/38464/>

Peru

Kongress verabschiedet Reform des Strafgesetzbuches: Polizisten und Soldaten können ohne strafrechtliche Verfolgung Zivilisten töten

Im Juni hat der peruanische Kongress die Änderung des Paragraphen 20 des Strafgesetzbuches beschlossen. In der neuen Fassung werden Militärs und Polizisten von der strafrechtlichen Verfolgung ausgenommen, wenn sie Zivilisten im Zuge ihrer „Pflichterfüllung“ verletzen oder töten. Der Vorschlag wurde von Abgeordneten aus dem Lager der Fujimoristen als auch der Regierungspartei von Ollanta Humala, Gana Peru, eingebracht und mit 77 zu einer Stimme verabschiedet.



Soldaten gehen gegen Demonstranten in Cajamarca vor.
Foto: Anne Bernhardt

Das Institut für Rechtsverteidigung IDL (Instituto de Defensa Legal), ein Partner von Brot für die Welt, hat durch öffentliche Kritik erreicht, dass die Änderung bislang nicht veröffentlicht wird. Damit ist sie noch nicht rechtswirksam.

Die Reform des Paragraphen 20 kommt nicht von ungefähr. In Peru schwelen seit mehreren Jahren etwa 150 Konflikte, in denen es um die Nutzung von Rohstoffen geht. Der Vorstoß des Kongresses reiht sich in eine Liste von Maßnahmen ein, die soziale Proteste mit aller Härte zu bekämpfen suchen. 2010, noch unter der Regierung von Alan García, wurden Dekrete erlassen, die zum Beispiel den Einsatz der Armee sowie die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten bei Protesten ermöglichen. Bislang sind allein unter der Regierung Humala 27 Personen bei Protestaktionen getötet worden.

Quelle: IDL, Coordinadora Nacional de Derechos Humanos, Defensoría del Pueblo

Peru

Neuer Untersuchungsbericht bestätigt Umweltschäden im Bereich des Bergbauprojekts Tintaya des Schweizer Multis Xstrata



Verarbeitungsanlage von Xstrata bei der Mine Tintaya.
Foto: Vikariat von Sicuani

Im Juni hat ein Umweltgutachten bestätigt, dass im Bereich der umstrittenen Mine Tintaya, dessen Betreiber das schweizer Bergbauunternehmen Xstrata ist, Umweltschäden aufgetreten sind. So sind beispielsweise in knapp 71% der Trinkwasserproben erhöhte Quecksilber-, Arsen-, Aluminium-, Blei- und Phosphorwerte gefunden worden. Es wurden auch Schwermetallbelastungen (Blei, Quecksilber, Cadmium, Manganesium, Thallium) sowie Arsen in Personen nachgewiesen.

Allerdings wird Xstrata in der Studie nicht für gefundenen Umweltschäden verantwortlich gemacht.

Dem Gutachten vorausgegangen waren zahlreiche Proteste der von der Mine betroffenen Bauerngemeinden in der Provinz Espinar (Department Cusco), um gegen die Verschmutzung ihrer Flüsse und Böden zu demonstrieren und den Verursacher, Xstrata, zur Rechenschaft zu ziehen. Dabei kamen drei Menschen ums Leben.

Quelle: Servindi, El Comercio, IDL

Umweltgutachten: <http://cde.elcomercio.pe/66/doc/o/o/6/2/8/628105.pdf>

Peru

Festival „Früchte der Erde“ in Lima

Ökoproduzenten aus 22 Regionen Perus haben sich im Juni in der Hauptstadt Lima zum Festival „Früchte der Erde“ zusammengefunden, um ihre Produkte vorzustellen. Darunter befand sich eine große Vielfalt an traditionellen Getreiden aus dem andinen Raum, allen voran die Quinoa in verschiedenen Sorten.

Das Festival wurde vom Verband der Ökoproduzenten Perus (ANPE-Peru), der Stadtverwaltung von Lima und dem Gastronomieverband APEGA organisiert, um den Verbraucherinnen und Verbrauchern nahr-



Quinoa-Ernte in Ayacucho Foto: Andina



Quinoa-Feld im Andengebiet Foto: Andina

hafte traditionelle Produkte näher zu bringen und den Konsum von Ökoprodukten zu fördern. Die UN hat 2013 zum „Jahr der Quinoa“ erklärt. Aufgrund des leichten Anbaus und seines hohen Mineralstoff- und Proteingehaltes soll das Inka-Korn helfen, die Unter- und Mangelernährung zu bekämpfen.

Peru

Der Staat gegen nicht-kontaktierte Völker

Das politische Tauziehen um das Erdgasprojekt Camisea in einem für nicht kontaktierte Völker eingerichteten Schutzgebiet hat sich zum Politkrimi entwickelt. Die peruanische Regierung will die Erdgasförderung des Blockes 88 im Kugapakori-Nahua-Nanti-Reservat im Südosten des Landes ausweiten. Das Überleben der dort lebenden Amazonasvölker Nanti, Nahua, Matsigenka und Mashco-Piro steht auf dem Spiel, denn sie haben keine Abwehrkräfte gegen einfachste Krankheiten wie die Grippe. Das hat das Beispiel der Nahua gezeigt. Im Zuge der ersten Explorationsarbeiten des Multis Shell im Block 88 wurden die Nahua erstmals 1984 kontaktiert. In kurzer Zeit starb etwa die Hälfte des Nahua-Volkes.

Peru hat sich in internationalen Abkommen zum Schutz abgeschiedener lebender sowie nicht kontaktierter Völker verpflichtet. Aber selbst einen Aufruf der UN zur sofortigen Einstellung der Ausweitung des Camisea-Projektes hat die peruanische Regierung ignoriert.

Im Juli hat das Vizeministerium für Interkulturalität, das für indigene Fragen zuständig ist und dem Kulturministerium angehört, einen Bericht über die möglichen Gefahren für die nicht-kontaktierten Völker veröffentlicht. Dieser Bericht, der die Umweltverträglichkeitsstudie des Projektes in 83 Punkten beanstandet, wurde wenige Stunden nach seinem Erscheinen auf der Homepage wieder entfernt. Der Vizeminister und der für den kritischen Bericht Zuständige mußten ihren Hut nehmen. Kurze Zeit später trat auch der Kulturminister zurück.



Amazonasgebiet an der Grenze zum Schutzgebiet für nicht kontaktierte Völker, Peru Foto: Sandy El Berr

Ähnliches passierte mit dem Bericht der Naturschutzbehörde, der die von Pluspetrol eingereichte Umweltverträglichkeitsstudie ebenfalls beanstandete. Der Bericht wurde innerhalb eines Tages ersetzt.

Das Institut für Rechtsverteidigung IDL und Partner von „Brot für die Welt“ hat Ende August zusammen mit dem Dachverband der Amazonasindigenen AIDSEP eine Verfassungsklage gegen die Ausweitung des Camisea-Projektes im Kugapakori-Nahua-Nanti-Reservat eingereicht.

Doch das Camisea-Projekt ist nicht der einzige Fall, bei dem die Rechte der nicht kontaktierten Völker im peruanischen Amazonasgebiet mit Füßen getreten werden. Das spanische Unternehmen Repsol hat im Juni grünes Licht für Erdölexplorationsarbeiten in einem Naturschutzgebiet erhalten. Die geplanten Sprengungen und Bohrungen würden zudem im Kerngebiet eines für nicht kontaktierte Völker beantragten Schutzreservats stattfinden. Sowohl das Justizministerium, das vor die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte zitiert wurde, als auch Repsol bestreiten die Existenz nicht kontaktierter Völker in diesem Gebiet, das an Ecuador angrenzt.

Quelle: IDL; Servindi; Vizeministerium für Interkulturalität

Zum Weiterlesen und eine Petition unter:

<http://www.survivalinternational.org/ueber/camisea-erdgas>

<http://latina-press.com/news/160136-peru-mindestens-drei-minister-zurueckgetreten/>

Link zum entfernten Bericht des Vizeministeriums: http://ia600908.us.archive.org/23/items/Resolucion_005-2013-VMI-MC/Resolucion_005-2013-VMI-MC.pdf

Peru

Peruanischer Dokufilm gewinnt auf Filmfestival in Lima

Im August fand in Lima zum 17. Mal das Festival lateinamerikanischer Filme statt. Dort gewann der peruanische Film „Sigo siendo - Kachkarinaqmi“ von Javier Corcuera den Preis für den besten Dokumentarfilm. Er zeigt die große Vielfalt musikalischer Traditionen Perus.

Link zum Trailer: <https://www.youtube.com/watch?v=Oo7NXc6-BzM>



17. Filmfestival in Lima Foto: Andina

Lesetipps:

„Doe Run vs. Perú: Lecciones de una demanda injusta“

http://www.redge.org.pe/sites/default/files/doerun_vs_peru_cuaderno_nro6_o.pdf

http://www.forestpeoples.org/faceted_search/results/camisea

Veranstaltungen:

„Dezentralisierung, Partizipation und Inklusion in Peru“

2.11.2013 - 10:30 bis 16:00 Uhr - FDCL - **Berlin**

„Gold regiert die Welt? - Goldbergbau in Peru und seine Folgen...“

Vortrag mit Filmbeitrag und Diskussion: Dr. Hartmut Heidenreich

15.11.2013 - 20 Uhr - Rathaussaal - **Herzogenaurach**